

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 47

**Von 18.November bis
24.November 2024**

Feriensitz-Alarm um Tiroler Anleger-Hotel

Makler warb mit laut Land „illegaler Freizeitwohnsitznutzung“, LR Geisler prüft Strafverfahren. Makler wehrt sich, Liste Fritz für schärfere Gangart.

Von Max Strozzi

Fieberbrunn – Erneut gibt es rund um ein Anleger-Hotel in Tirol Freizeitwohnsitz-Alarm. Diesmal geht es um das neue Investorenmodell der ADEA Lifestyle Suites in Fieberbrunn, bei dem Hotel-Apartments an Investoren verkauft und an Urlauber vermietet werden. Der Immobilienmakler Engel&Völkers, der den Vertrieb der Wohnungen an die Anleger übernommen hat, warb bis vor Kurzem mit dem Hinweis, die jeweiligen Eigentümer der einzelnen Hotelapartments könnten „nicht nur die eigene Suite, sondern auch jede andere verfügbare Suite buchen“. Als Investor die eigene Hotel-Suite für den Urlaub zu benutzen, kommt allerdings laut dem Land Tirol einem illegalen Freizeitwohnsitz gleich, ist also verboten. Entsprechend sauer reagiert der zuständige Landesrat LHStv. Josef Geisler (ÖVP). In einem geharnischten Brief liest Geisler dem renommierten Immobilienmakler die Leviten. Die Landesregierung unternehme „alles landesgesetzlich Mögliche, um [...] illegale Freizeitwohnsitznutzungen hintanzuhalten“, schreibt Geisler: „Umso mehr schockiert es mich, dass Sie mit Ihrem Unternehmen unter Vor Spiegelung falscher Tatsachen dem Ausverkauf unseres Landes Tür und Tor öffnen und kapitalkräftigen AnlegerInnen illegale Freizeitwohnsitznutzungen auf Ihrer Homepage als zulässig anpreisen.“

Und weiter: „Jegliche Eigennutzung einer im Eigentum einer Investorin bzw. eines Investors befindlichen Einheit durch sie/ihn und ihre/seine Familie stellt eine rechtlich unzulässige Freizeitwohnsitznutzung dar. Das werden Sie als Immobilienbüro wissen“, schreibt Geisler dem Makler



Das Land ersucht rund um das Investoren-Hotel ADEA Suites in Fieberbrunn um Prüfung durch die Baubehörde. Foto: TT

„Jegliche Eigennutzung einer im Eigentum eines Investors befindlichen Einheit durch ihn und seine Familie stellt eine unzulässige Freizeitwohnsitznutzung dar.“

LHStv. Josef Geisler (ÖVP)

ins Stammbuch. Aufgrund der „rechtswidrigen Anpreisung“ habe er, Geisler, die Baubehörde in Fieberbrunn, also den Bürgermeister, um eine „genaue und umfassende baupolizeiliche Kontrolle“ der Immobilie ersucht. Ob und gegen welche Personen nunmehr in der Folge Strafverfahren eingeleitet wird, sei zudem „Gegenstand einer detaillierten Prüfung“, teilt das Land der TT mit.

Man halte sich an alle geltenden Gesetze, betont Engel&Völkers gegenüber der TT. Man habe vor Unterzeichnung des Maklervertrages das

„Im Fall von ADEA handelt es sich keinesfalls um einen illegalen Freizeitwohnsitz.“

Engel&Völkers

Projekt rechtlich prüfen lassen. Im Fall von ADEA handle es sich „keinesfalls um einen illegalen Freizeitwohnsitz“, so der Makler. Alle Einheiten würden touristisch vermietet, die allfällige Eigennutzung der jeweiligen Wohnungseigentumseinheit sei ausgeschlossen. „Wir versichern, dass alle von uns betreuten Investoren ausdrücklich und mehrfach (und auch im Kaufvertrag) darüber aufgeklärt wurden“, betont Engel&Völkers in einer Stellungnahme.

Die betroffene Passage im Werbetext („Eigentümer können nicht nur die eigene Suite buchen ...“) sei „so zu verstehen, dass man als Eigentümer einer Einheit auch Einheiten in anderen Kategorien und nicht nur in der eigenen Kate-

„Wir verlangen scharfe Kontrollen, höhere Strafen und Benützungsverbote.“

Markus Sint (Liste Fritz)

gorie buchen kann“, führt der Makler weiter aus: „Wir wollten keinesfalls suggerieren, dass man seine eigene Einheit buchen kann.“

Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint, der solche Investorenmodelle kritisch verfolgt, fordert schärfere Kontrollen. „Endlich ist meine Kritik am Ausverkauf Tirols und an den Nachteilen für die Tiroler auch beim ÖVP-Landesrat angekommen“, so Sint in Richtung LHStv. Geisler. Dieser zeige sich „zum x-ten Mal“ entsetzt, setze aber sonst keine Maßnahmen, kritisiert Sint. Er fordert „scharfe Kontrollen, höhere Strafen und Benützungsuntersagungen“. Und die Gemeinden bräuchten mehr Geld für mehr Personal, mehr Kontrollen sowie für mehr Juristen.

Schwimmbad für Wörgl: Wer soll es bezahlen ?

Wörgl – Wie will Wörgl den Bau eines Schwimmbades finanziell stemmen? „Ohne Umlandgemeinden geht es nicht. Die Wörgler Finanzen lassen gelinde gesagt keine Investitionen mehr zu“, ist Gemeinderätin Gabi Madersbacher (Liste Hedi Wechner) überzeugt. Nur die in Frage kommenden Kommunen seien noch nicht ins Boot bzw. ins Schwimmbecken geholt, es habe erst oberflächliche

Gespräche gegeben, will Madersbacher wissen. Sie warnt vor einem Alleingang, „dann ist das Fiasko unumgänglich. Das Wave lässt grüßen.“

Madersbacher fordert Riedhart auf, „das Versteckspiel zu beenden“ und ein Konzept vorzulegen. Wie es gehen kann, zeige Axams, „wo die Umlandgemeinden dem neuen Hallenbad zugestimmt haben und der Weg zu den Fördergeldern des

Bäderfonds offen ist“. In der jüngsten Gemeinderatssitzung wurde ein erster Schritt in Richtung Realisierung gemacht. Mehrheitlich wurde ein Baurechtsvertrag für ein Schwimmbad-Grundstück abgeschlossen. Ob hier ein Hallenbad oder Freibad entsteht, wird letztlich von den Förderungen und Beteiligungen abhängen. Riedhart war für eine Stellungnahme nicht erreichbar. (wo)

Streit um Einkommensgrenzen beim Bildungsgeld

Noch treffsicherer will das Land die Unterstützungen „Bildungsgeld Update“ sowie „Schulkostenförderung“ gestalten. Damit werden Aus- und Weiterbildungen gefördert, womit u. a. der Fachkräftemangel entschärft werden soll. „Wir möchten vor allem jene fördern, die sich eine Ausbildung ohne Unterstützung des Landes Tirol nicht leisten können“, sagt VP-Arbeitslandesrätin **Astrid**

Mair. Die Anregungen von Sozialpartnern, der im Landtag vertretenen Parteien sowie Experten werden nun einer Prüfung unterzogen. Für die Liste Fritz sind die geplanten Einkommensgrenzen für das „Bildungsgeld Update“ hingegen ein Schlag ins Gesicht. „Ab 1. Jänner 2025 sollen Einkommensgrenzen gezogen werden, die nur knapp über der aktuellen Armutgefährdungsschwelle liegen.



Quer durch die Branchen mangelt es an Fachkräften. Symbolfoto: APA/Eva Manhart

Eine Förderung, die gut funktioniert, gut angenommen wird und positive Effekte mit

sich bringt, wird so mutwillig zerstört“, sagt Liste-Fritz-Klubobmann **Markus Sint**.

Die Grünen plädieren beim Fachkräftemangel dafür, neben Personal aus dem Ausland auch jene 70.000 Menschen in den Fokus zu nehmen, die sich aktuell in der Grundversorgung befinden. Diese sollten so schnell wie möglich fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden. Schlüsselqualifikation dafür bleibt das Beherrschen der deutschen Sprache, meint Abgeordnete **Zeliha Arslan**.

Die aktuell wenigen Wochenstunden für Schutzsuchende, deren Asylverfahren oft Jahre dauern, reichen nicht aus. Im Landtag fordern die Grünen deshalb mehr Budget für Bildungs- und Qualifizierungsprogramme, Beratungsangebote, „Jobcoaches“, die beim Andocken am Arbeitsmarkt unterstützen, und ein Einbinden regionaler Unternehmen – für Praktika und Eingliederungsstellen. (*i.r., jazz*)

Kritik an Grenze für Bildungsförderung

Liste Fritz entsetzt über angebliche Einkommensgrenze, ÖVP verwundert

Wie berichtet, will die Tiroler Landesregierung das Bildungsgeld auf neue Beine stellen, was Wirtschafts- und Arbeiterkammer scharf verurteilen. Auch die Liste Fritz übt nun Kritik an der geplanten Einführung von Einkommensgrenzen für den Bezug der Förderung. Die Einkommensgrenze von 1900 Euro Haushaltseinkommen liege nur knapp über der aktuellen Armutsgefährdungsschwelle. Das sei ein „Schlag ins Gesicht all jener, die sich nach vollendeter Berufsausbildung fort- und weiterbilden wollen“. Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint zeigt sich vom Vorschlag entsetzt und sieht ein „gut

funktionierendes, gut angenommenes, treffsicheres Förderinstrument gefährdet“: „Die Förderungen haben einen positiven Effekt auf Arbeitnehmer, Unternehmer und auch den Wirtschaftsstandort Tirol.“

ÖVP-Klubobmann Jakob Wolf zeigt sich „höchst verwundert“ über diese Aussagen der Liste Fritz. Es würden medial Dinge kritisiert, die so in der Sitzung gar nicht angesprochen worden seien. „Für mich ist das ein weiteres Beispiel für den Verfolgungswahn der Liste Fritz. Statt um Inhalte geht es hier nur um parteipolitisches Kleingeld, das gewechselt wird.“ Man werde an Bewährtem festhalten.

Beim Bildungsgeld wird nachgebessert

Geplante Einkommensgrenze von 1900 Euro lässt Wogen hochgehen, Arbeits-LR Mair (VP) will noch anpassen.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Das so genannte „Bildungsgeld-Update“ ist eigentlich eine Erfolgsgeschichte. Damit will das Land die berufliche Qualifikation von Arbeitskräften erhöhen, um den Bestand an Beschäftigten möglichst hoch zu halten, die Arbeitslosigkeit zu vermindern und einen Beitrag zur Fachkräfteentwicklung zu leisten. Im Vorjahr haben rund 4600 ArbeitnehmerInnen die bisher einkommensunabhängige 3500-Euro-Förderung in Anspruch genommen. 3,6 Mio. Euro nimmt das Land dafür pro Jahr in die Hand.

Jetzt soll es allerdings Einkommensgrenzen für die Förderung geben, der Entwurf wurde am Montag von Arbeitslandesrätin Astrid Mair (VP) im Arbeitsmarktförderungsbeirat präsentiert. Für eine Person sollte demnach die Obergrenze ab kommenden Jahr 1900 Euro/netto im Monat betragen. Mehr hat es nicht benötigt, der Aufstand ist flächendeckend. Deshalb werden jetzt die Verhandlungen fortgesetzt.

Arbeiterkammerpräsident Erwin Zangerl spricht von einem Kahlschlag. „Es wird nicht um zehn Prozent gekürzt, sondern es stehen nur noch zehn Prozent zur Verfügung.“ Er kritisiert die nicht abgesprochene, überdimensionale Verschlechterung. Der AK-Präsident befürchtet außerdem, dass sich wegen der geringen Einkommensgrenzen viele die Ausbildung nicht mehr leisten können, und pocht auf die Einkommensunabhängigkeit.

Der Obmann der Sparte Gewerbe und Handwerk in der Tiroler Wirtschaftskammer, Franz Jirka, stößt ins gleiche Horn. Das Land plane damit den Ausschluss des Mittelstands von der Bildungsförderung. „Das trifft auch Meisterkurse und gefährdet die Fachkräfteausbildung.“ Dass die öffentliche Hand Sparziele



Foto: Rita Falk

„Wir wollen sozial treffsicher fördern und künftig jedenfalls vom Gießkannenprinzip abgehen.“

LR Astrid Mair/VP
(Arbeitslandesrätin)

blind verfolge, indem sie den Mittelstand von der wichtigen Bildungsförderung ausschließe, sei der falsche Zugang.

Klubchef Markus Sint von der oppositionellen Liste Fritz schüttelt ebenfalls den Kopf und verweist auf einen positiven Evaluierungsbericht. „Ohne Bildungsgeld-Update-Förderung wäre für jeden fünften Tiroler die Aus- und Weiterbildung nicht möglich gewe-

sen.“ Das Sparen der Landesregierung treffe deshalb die Falschen.

LR Astrid Mair versucht jetzt die Aufregung einzufangen. „Der Beirat ist das richtige Gremium, um diese Fragen zu besprechen.“ Die Budgetvorgaben seien klar, es müssten zehn Prozent eingespart werden. Trotzdem werde sie weitere Gespräche führen und Anpassungen vornehmen, kündigte Mair an. An den Einkommensgrenzen und an der Abkehr vom Gießkannenprinzip beabsichtigt sie festzuhalten.

Im Gegensatz zu den Sozialpartnern geht Mair nicht davon aus, dass es zu einem massiven Rückgang bei der Aus- und Weiterbildung komme. „Wir wollen vielmehr sozial treffsicher fördern.“ Nachbesserungen sind jedoch bereits in Ausarbeitung, bringt sie eine soziale Staffelung ins Spiel. Bei einer Einkommensgrenze von 2500 Euro könnte die Förderung entsprechend gekürzt werden. Sie strebt jedenfalls eine Lösung in den nächsten Wochen an.



Rund 4600 Tiroler ArbeitnehmerInnen haben im Vorjahr die Förderung für die Aus- und Weiterbildung in Anspruch genommen.

Foto: iStock

Mangel an Juristen als Flaschenhals

Im Kampf gegen illegale Feriensitze fehlen den Gemeinden die Juristen, kritisiert die Liste Fritz und fordert mehr Geld für zusätzliches Personal.

Innsbruck – Illegale Feriensitze bleiben in Tirol ein großes Problem. Der jüngste Feriensitz-Verdacht des Landes richtet sich – wie berichtet – gegen ein Anleger-Hotel in Fieberbrunn. Und es ist nicht das erste Mal, dass bei so genannten Investorenmodellen in Tirol die Alarmglocken schrillen.

Die Kontrollen in vielen Brennpunkt-Gemeinden haben allerdings stark zugenommen. Die Prozesse häufen sich, wobei die „Freizeitwohnsitzer“ vor Gericht oft mit ihren Beschwerden abblitzen und Behörden meist die Oberhand behalten. „Der Druck der Bürger und der Liste Fritz gegen den Ausverkauf Tirols zeigt Wirkung. In den Gemeinden wird mehr und ernsthafter kontrolliert“, sagt Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint. Allerdings gebe es bei den Kontrollen einen „Flaschenhals“, nämlich einen Mangel an ausreichend Juristen. „Zur Verwaltungsgemeinschaft rund um St. Johann etwa gehören acht Gemeinden. Dort machen sechs Kontrollorgane ihre Runden, um illegale Freizeitwohnsitze aufzuspüren, aber es gibt dort nur einen Vollzeit-Juristen

samt Teilzeit-Unterstützung“, schildert Sint. Dieser Jurist müsse dann Benützungsunter-sagungen ausstellen. „Das sind Bescheide mit 50 und mehr Seiten. Viele Kontrolleure, aber nur ein Vollzeit-Jurist ergeben kein engmaschig geknüpftes Kontrollnetz“, kritisiert Sint.

Mittels Landtagsantrag fordert die Liste Fritz von der Landesregierung, den Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften mehr Geld für zusätzliches juristisches Personal zur Verfügung zu stellen. Sie sieht darin eine „Nagelprobe“ für die Landesregierung. Sie habe in ihr Regierungsübereinkommen schließlich bereits eine Absichtserklärung für mehr Geld für mehr Personal geschrieben. (*mas*)



Markus Sint (Liste Fritz): mehr Geld für Feriensitz-Kontrollen. Foto: Thomas Böhm

„Kulturraum sichern“ gefordert

Innsbruck – Das Neue Innsbruck, ALi und Liste Fritz fordern in Sachen Junge Talstation von der Innsbrucker Stadtregierung „Kulturraum sichern!“. Das „Vorzeigeprojekt“ sei akut bedroht, so heißt es in einer gemeinsamen Aussendung, „weil die Caprese-Koalition ihr eigenes Versprechen, die Talstation zu erhalten, nicht einhält“.

In ihrem Regierungsprogramm hatten sich Grüne, JA und SPÖ ausdrücklich für Ankauf und Sanierung der früheren Talstation der Hungerburgbahn ausgesprochen. Der Verein Junge Talstation bespielte das Gebäude seit 2014 als (Jugend-)Kulturzentrum. Seit Anfang 2022 wartet der Verein vor verschlossenen Türen auf eine politische Ent-

scheidung, was die dringend nötige Sanierung anbelangt.

„Statt Lösungen anzubieten, werden jetzt Mängel am Gebäude und angebliche Hindernisse vorgeschoben“, kritisiert GR Tom Mayer (Liste Fritz) BM Anzengruber (JA). Dieser hatte zuletzt mögliche Alternativen zur Talstation ins Spiel gebracht, ohne konkrete Räume zu nennen. (TT)

Kritik an Vermietung im Freiland

Im Lesacher Almtal ist es offenbar gängige – und möglicherweise legale – Praxis, dass Almhütten im Freiland zahlenden Gästen überlassen werden. Die BH ermittelt.

Von Uwe Schwinghammer und Michaela Ruggenthaler

Seit Jahren schwelt in Kals ein Nachbarschaftsstreit. Nun hat dieser, wenn auch indirekt, die Landespolitik erreicht: Die Liste Fritz hat nämlich eine schriftliche Anfrage an die zuständigen Mitglieder der Tiroler Landesregierung gestellt, wie es möglich sei, dass im Lesacher Almtal Hütten im Freiland offenbar an Feriengäste vermietet würden. Der Hinweis, dass dem so sei, stammte von einer der Kalser Streitparteien.

Insgesamt geht es um sechs Hütten, wie die Gemeinde Kals

in einem Schreiben an die Liste Fritz bestätigt. Diese wurden im Herbst 2023 beziehungsweise Juli 2024 auch überprüft und dabei wurde festgestellt, dass zumindest bei vier Hütten „bauliche Anlagen konsenslos“, also ohne Genehmigung, errichtet wurden. Die Benutzung der Hütten wurde untersagt, der Rückbau gefordert, entsprechende Verfahren laufen.

Interessanter, so Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritz, sei allerdings die Vermietung. In seiner Anfragebeantwortung, wie diese denn bei Almhütten im Freiland und nicht auf entsprechend gewidmeter

Fläche gehandhabt werde, lässt Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Geisler nämlich wissen: „Eine Zulässigkeit ist für jede Almhütte einzeln zu prüfen. Aufgrund des Alters ist grundsätzlich davon auszugehen, dass bei jenen Hütten, welche vor 1975 errichtet wurden, eine Vermietung zulässig ist.“

Einerseits zweifelt Sint an, dass die Hütten insgesamt tatsächlich so alt sind: „Wenn die Hütten vor 1975 errichtet und in diesem Zustand belassen wurden, werden sie nicht ganz einfach zu vermieten sein.“ Schlimmer jedoch sei, dass das offenbar so einfach sei: „Wenn eine Vermietung im Freiland möglich ist, wie das derzeit praktiziert wird, dann ist dem Missbrauch mit illegalen Freizeitwohnsitzen und dem Ausverkauf Tirols Tür und Tor geöffnet.“ Er fordert daher ei-



Markus Sint

KK/LISTE FRITZ



Josef Geisler

BLASSNIG

ne einheitliche, strenge Handhabung in ganz Tirol nach dem Grundsatz „Keine Vermietung im Freiland“.

Sint will einfach geklärt haben, ob diese Vermietung ohne entsprechende Widmung und ohne Gewerberecht möglich ist. Doch in Kals scheint diese causa inzwischen auszuwachsen. Wie der Landespressdienst mitteilt, liegen der Bezirkshauptmannschaft in gegenständlichem Fall mehrere Anzeigen vor. Dabei geht es um die Abklärung von Wasser-, Abwasser- und Gewerberecht. Bürgermeisterin Erika Rogl hält sich in der Angelegenheit bedeckt. Die Lesachalm ist ein Präzedenzfall für alle Kalser Almhütten, die vermietet werden.

Die Lesachalm in Kals geriet ins Visier der Baubehörde

KK/TONI HUTER



„Wir trauen uns nicht mehr auf den Balkon“

Lärmgeplagte Anrainer in Innsbruck sind enttäuscht: Der Fußballkäfig beim Spielplatz Rapoldipark wird nicht verlegt.

Von Michael Domanig

Innsbruck – Dagmar Eder, Anrainerin am Furterzaunweg nordöstlich des Rapoldiparks, ist enttäuscht, viele Nachbarn sollen es ähnlich sehen. Der Innsbrucker Gemeinderat hat dieser Tage eine Verlegung des „Fußballkäfigs“ beim Spielplatz Rapoldi-Nord mehrheitlich abgelehnt. Anwohner klagen schon lange über massive Lärmbelastung durch den Spielplatz – allen voran den Bolzplatz.

„Momentan sei natürlich wenig los, sagt die Pensionistin, „aber im Frühjahr und Sommer geht es oft zehn Stunden oder mehr wild zu“. Der Fußballkäfig – mit Banden, Toren und Tür aus Metall – sei dabei die größte Lärmquelle, zusätzlich zum oft lauten Geschrei am Spielplatz. „Den Kindern mache ich keinen Vorwurf“, sagt Eder, „aber die Eltern sitzen da und reagieren nicht.“

Die Anrainer würden sich vielfach nicht mehr auf ihre Balkone trauen, schildert sie, „manche flüchten untermals vor dem Lärm und fahren weg“. Einige hätten sogar

schon ihre Wohnungen verkauft bzw. Mietverhältnisse beendet.

„Wir wollen das Fußballspielen nicht verbieten, sondern den Käfig verlegen“, betont Tom Mayer (Liste Fritz), der den entsprechenden Antrag eingebracht hatte. Die Liste Fritz hätte als Ersatzstandort ein städtisches Grundstück hinter dem Hallenbad und dem „bildung“ vorgeschlagen. „Dort gäbe es keine Anrainerkonflikte, anders als beim jetzigen

„Die Stadtführung hat für den Platz Geld ausgegeben – und jetzt wollen sie es nicht mehr ändern.“

Dagmar Eder
(Anrainerin)

Standort, wo in der Nähe viele ältere Menschen leben“, sagt Mayer.

Er verweist auch auf das Fehlen von WC-Anlagen, weswegen die Notdurft in umliegenden Büschen verrichtet werde – und darauf, dass teils auch nach der „Sperrstunde“ um 22 Uhr weitergekickt werde,



So still es jetzt in der herbstlichen Kälte rund um den „Käfig“ ist, so dicht gefüllt sind Spiel- und Fußballplatz im Frühjahr und Herbst – oft bis spätabends. Foto: Rita Foltz

weil es einfach sei, in den Platz einzusteigen.

Benjamin Plach (SPÖ) sprach sich im Gemeinderat klar gegen die Verlegung aus: Der Rapoldipark, unter der ehemaligen Stadträtin Uschi Schwarzl (Grüne) neu gestaltet, sei eine „Erfolgsgeschichte“. Breite Teile der

Bevölkerung würden mittlerweile (wieder) Spielplatz und Park nutzen.

Man müsse daher eher darüber reden, in dieser und anderen Parkanlagen das Angebot auszuweiten, meinte Plach – und nicht aufgrund „zum Teil berechtigter“ Anrainerprobleme einen komplet-

ten Fußballplatz verlegen. „Wir brauchen Plätze, wo junge Menschen noch spielen können.“

Die nunmehrige Ersatzgemeinderätin Schwarzl betonte, dass man bei der Errichtung der Bolzanlage Rücksicht auf die Interessen der AnwohnerInnen genommen habe: Die Situ-



Spielplatz

Wir heißen Sie herzlich willkommen
sollten allen Menschen Freude bereiten
und schonend mit den Anlagen und!

Die Grundregeln:

- 10 Kleinkinder-Spielflächen und Kleinstspielgeräte dürfen nur von Kindern bis zum 10. Lebensjahr benutzt werden.
- Die Nutzung der Anlagen ist ausschließlich in der Zeit von 07.00 – 22.00 Uhr erlaubt.

ation wurde etwa wegen des angrenzenden Wohnblocks noch verändert. Die Schließanlage wiederum sei inzwischen repariert, so dass „es keinen Krach mehr gibt, wenn die Tür zufällt“. Schwarzl verwies zudem auf die zusätzliche Flächenversiegelung, falls der Platz verlegt würde.

Für Stadträtin Janine Bex (Grüne) zeigt die starke Nutzung des Spielplatzes, „dass er funktioniert“. Der Vorteil sei außerdem, dass Erziehungsberechtigte jetzt vom Kleinkinderbereich bis hin zu den Sportanlagen für Jugendliche alles gleichzeitig im Blick hätten.

Ärger um Anleger-Hotel

Fieberbrunn – Ein Anleger-Hotel in Fieberbrunn sorgt beim Land für Unmut. Ein Tiroler Immo-Makler, der mit dem Vertrieb der Hotel-Wohnungen an Investoren betraut ist, warb damit, dass Anleger auch die eigene Suite für ihren Urlaub buchen könnten. LR Josef Geisler (ÖVP) zeigt sich „schockiert“, zumal dies eine „illegale Freizeitwohnsitznutzung“ wäre. Strafverfahren würden nun geprüft. Der Makler wehrt sich, die Liste Fritz fordert eine schärfere Gangart. (*mas*)